

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Bunke, Wien
06.06.2021

Wer die Geister rief

In Österreich veröffentlichte »Islamlandkarte« befördert rechte Demagogie. Konservative stehen trotz Kritik hinter Projekt



Dominic Ebenbichler/REUTERS

Wasser auf die Mühlen rechter Hetzer: »Islamlandkarte« befeuert antimuslimischen Rassismus (Hall, 11.10.2017)

In der vergangenen Woche stellte die österreichische Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) eine sogenannte Landkarte des politischen Islam vor. Darauf sind die Adressen von knapp über 600 muslimischen Gebetshäusern, Jugendgruppen und anderen Organisationen verzeichnet. Seit ihrer Veröffentlichung sorgt die »Islamkarte« für politische Verstimmungen in der Alpenrepublik. So sollen die gemeinsam mit der ÖVP regierenden Grünen nicht vorab über ihre Veröffentlichung informiert worden sein.

Am Donnerstag war die Karte im Internet schon nicht mehr abrufbar. In einer auf der Domain islam-landkarte.at lesbaren Stellungnahme heißt es, es sei »aufgrund der aufgeheizten Stimmung der letzten Tage« zu »einem Wechsel des IT-Betreibers der

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Plattform gekommen«. Es handele sich aber »lediglich um eine kurzzeitige Unterbrechung, die aufgrund der aktuellen Entwicklungen notwendig war«. Sobald alle Änderungen vorgenommen seien, werde »das Projekt wieder online gehen«.

Unter Generalverdacht

Verantwortlich für das »Projekt« ist die Dokumentationsstelle Politischer Islam, die im Jahr 2020 von der Koalitionsregierung eingesetzt wurde, um »den politischen Islam wissenschaftlich zu dokumentieren und zu erforschen.« Auf ihrer Homepage wird die Karte als »ein Projekt der Universität Wien, Institut für islamisch-theologische Studien/islamische Religionspädagogik« beschrieben. Inhaltlich verantwortlich zeichnet Ednan Aslan, ein Professor für Islamische Religionspädagogik. Pikant daran ist, dass das Rektorat der Universität Wien inzwischen die Verwendung des Universitätslogos auf der Homepage des Projekts untersagt hat. Insbesondere stößt sich das Rektorat an einer Passage im Impressum, die zu »Informationen zu einzelnen Vereinen oder Moscheen« auffordert.

Während sich betroffene Organisationen wie die Muslimische Jugend Österreichs einem Generalverdacht ausgesetzt sehen und über die Medien bereits angekündigt haben, gegen die Veröffentlichung sämtlicher Namen, Funktionen und Adressen auf der »Landkarte« klagen zu wollen, spielt Integrationsministerin Raab das Unschuldslamm. Es gehe bei der »Islamkarte« nicht um den Kampf gegen Muslime, es gehe um den Kampf gegen den politischen Islam. Der sei »Gift für unsere Gesellschaft und das Gegenteil von Integration«, sagte sie dem Boulevardblatt *Krone*.

Bei der Wiener Landesektion der ÖVP hält man von derlei Differenzierungen scheinbar nichts. Dort redet man Klartext. »Kein Schritt zurück im Kampf gegen den politischen Islam in Wien« ist die Hauptforderung des Wiener ÖVP-Klubobmanns (Fraktionsvorsitzender) Markus Wölbitsch in einer Pressemitteilung vom Mittwoch. Die in Wien regierende SPÖ sei »hier auf einem Auge blind«. Ihr fehle »der Wille, den politischen Islam effektiv aufzudecken und zu bekämpfen.« Die Sozialdemokraten seien »in Wien Teil des Problems und nicht der Lösung«.

»Steilvorlage für Rechte«

Solch parlamentarische rechte Aufstachelung bleibt nicht ohne außerparlamentarische Folgen. In den vergangenen Tagen wurden vor einigen Moscheen in Wien, St. Pölten und

Graz gelbe Schilder mit der Aufschrift: »Achtung! Politischer Islam in deiner Nähe« sowie einem Verweis auf die Homepage der »Islamkarte« aufgehängt. Inzwischen sind auf Webseiten, deren Betreiber der faschistischen Gruppierung Identitäre Bewegung Österreich nahestehen, und in sozialen Medien Bekennerschreiben veröffentlicht worden. Sie wurden auch von Martin Sellner, einer bekannten Führungsfigur der österreichischen »Identitären«, geteilt.

Der Weg von solchen Plakat- zu Terroraktionen ist nicht unbedingt weit. Ende vergangener Woche wurde in Wien der Fall zweier junger, Kopftuch tragender Frauen bekannt, die im vierten Wiener Gemeindebezirk aus einem Hausfenster heraus mit einer Schreckschusspistole beschossen worden sein sollen. Die Polizei weigerte sich laut Medienberichten ursprünglich, die Anzeige der beiden aufzunehmen, da kein Tatbestand vorliege und es sich nicht um eine »echte Schusswaffe« gehandelt habe.

Junge Welt 05.06.2021